

Claude Debons, Jacques Généreux, Janette Habel, Jean-Marie Harribey, Pierre Khalfa,

Marie-Christine Vergiat und Francis Wurtz

Der ESM ist kein Mechanismus der europäischen Solidarität

2. März 2012

Europaabgeordnete der Grünen und ihnen nahestehende Wirtschaftswissenschaftler haben linke Gegner des Europäischen Stabilitätsmechanismus' (ESM) kritisiert. (...) Der ESM sei "*ein erster Schritt in Richtung föderales Europa, mit eigenem Finanzministerium und gut ausgestattetem Haushalt*". Abgesehen davon, dass man erst einmal über die Grundlagen eines solchen föderalen Europas diskutieren müsste, wäre es tatsächlich "*ein peinlicher historischer Fehler*", den ESM abzulehnen, wenn es sich dabei um einen "*solidarischen Fonds*" handeln würde, wie sie behaupten. Leider erliegen damit unsere grünen Freunde damit dem gleichen Wunschdenken, dem sie schon bei der Diskussion über den Europäischen Verfassungsvertrag gefrönt haben.

Ein europäisches Finanzministerium hätte das Ziel, eine gesamteuropäische Politik zu finanzieren. Um nichts Derartiges geht es bei diesem Projekt. Der ESM ist nicht dazu angelegt, eine öffentliche europäische Investitionspolitik umzusetzen, was überaus sinnvoll wäre, oder auch nur die wirtschaftliche und soziale Konvergenz der Mitgliedstaaten zu befördern. Erst recht nicht erlaubt er der europäischen Union, sich von der Allmacht der Finanzmärkte zu lösen, vielmehr zementiert er deren Vorherrschaft. Er soll nur denjenigen Staaten Mittel ausleihen, die sich auf den Finanzmärkten nur noch schwer direkt mit Krediten eindecken können.

Wie wird sich das abspielen? Zunächst werden die Staaten an den Finanzmärkten Geld aufnehmen, um den ESM mit dem vereinbarten Kapital auszustatten, das sind mehrere hundert Milliarden Euro. Deutschland wird das Geld zu knapp unter 3% bekommen, Frankreich zu etwas mehr, die anderen zu erheblich höherer Verzinsung. Die öffentliche Schuldenlast wird also erst einmal noch wachsen.

Sehr wahrscheinlich werden aber diese Summen bei einer Verschärfung der Krise nicht ausreichen. Wenn der ESM nach Griechenland, Irland und Portugal auch noch Spanien und Italien (die heute unter Beschuss sind, aber auch in den Fonds einzahlen sollen) "retten" sollte, wäre er damit schnell überfordert. Deshalb soll sich der ESM selber an den Finanzmärkten Geld leihen dürfen mit dem Ziel, mit der „Hebelwirkung“ noch einmal das Drei- oder Vierfache des Fondskapitals aufzunehmen. Um das zu niedrigen Zinsen tun zu können, braucht der Fonds eine gute Note von den Ratingagenturen. Doch derzeit stehen alle Staaten bei den Finanzmärkten praktisch mehr oder weniger unter Generalverdacht. Dieses Schicksal könnte auch dem ESM drohen. So erging es jedenfalls dem Europäischen Finanzstabilitätsfonds (EFSF), der nach der Herabstufung der meisten europäischen Länder sein Triple A verlor.

Wie sollen also "*Länder, die auf den internationalen Märkten jedes Vertrauen verspielt haben*", wie die Autoren behaupten, diese Glaubwürdigkeit zurückgewinnen, indem sie sich zusammenschließen? Wie soll außerdem der ESM seine Schulden zurückzahlen, wenn die einzahlenden Länder, die auch seine Schuldner sein werden, in Schwierigkeiten sein werden und die Zinssätze erhöht werden? Statt die Staaten und die Eurozone dem Einfluss der Finanzmärkte zu entziehen, verstärkt der ESM diesen noch. Die Banken, die bei der Europäischen Zentralbank (EZB) zu einem Zins von 1% Geld bekommen, werden sich ihre Kredite an den ESM deutlich höher verzinsen lassen. Der ESM wird den Staaten das Geld mit einem weiteren Zinsaufschlag weiterreichen, und mit diesem Geld werden dann die Schulden der Länder bedient, direkt in die Tresore der Banken. Das ist Solidarität in ihrer neoliberalen Variante, Banken solidarisch mit Banken.

Doch damit nicht genug, denn diese "Hilfen" an die Staaten werden "an strenge Auflagen" geknüpft, festgelegt von der Europäischen Kommission, der EZB und dem Internationalen Währungsfonds. Es ist diese Troika, die derzeit das griechische Volk mit Lohnsenkungen, Privatisierungen und Einschränkungen der Arbeitnehmerrechte in die Knie zwingt. Um Zugriff auf den ESM zu bekommen, wird man sich unter das Joch einer drastischen Sparpolitik begeben müssen. Dessen sind sich die Autoren sehr wohl bewusst, wenn sie sagen sie seien zwar "für Auflagen, aber nicht wie sie den Griechen auferlegt werden". Die Auflagen werden aber nicht sie definieren, sondern die Troika, deren Vorstellungen dazu bekannt sind.

Um dem ganzen die Krone aufzusetzen, wird die Gewährung von Finanzhilfe ab dem 1. März 2013 davon abhängig gemacht, dass der Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (SKS-Vertrag= Fiskalpakt) ratifiziert wurde. Der Europäische Gewerkschaftsbund EGB, der alle früheren Verträge überzeugt unterstützt hatte, sagt über dieses Vertragswerk, er "verordne nur wieder das Eine: Sparpolitik und Haushaltsdisziplin". Die Autoren meinen, die Verknüpfung von ESM und Fiskalpakt sei rechtlich nicht haltbar. Es geht aber nicht um ein rechtliches, sondern um ein politisches Problem. Indem die Staaten dem ESM zustimmen, verpflichten sie sich politisch, den Fiskalpakt zu übernehmen.

Der ESM ist also alles andere als ein europäischer Solidaritätsmechanismus. Er wird vielmehr eine Zwangsjacke sein, mit der die Völker den Forderungen der Märkte unterworfen werden, und das S in ESM könnte sehr wohl eher für Sklaverei als für Solidarität stehen. Die derzeitige Krise der EU und der Eurozone ist das Ergebnis der vorangegangenen europäischen Verträge, die ganz im Zeichen des Neoliberalismus stehen. Ein Überwinden der Krise erfordert ein Umdenken. Wenn schon nicht logische Konsequenz, so beweisen die grünen Abgeordneten und ihre Ökonomen immerhin Beständigkeit. Sie hatten schon den Europäischen Verfassungsvertrag befürwortet, der es der EZB verbot, als letztinstanzlicher Kreditgeber für Staaten aufzutreten; jetzt befürworten sie den ESM, der sich von der EZB kein Geld leihen dürfen, und der erfunden wurde, um eine Änderung der EZB-Satzung zu umgehen.

Dabei gibt es eine Alternative, um der Dominanz der Märkte zu entrinnen: die EZB sollte die Defizite der Staaten, unter gesamteuropäischer demokratischer Kontrolle, finanzieren. Diese Möglichkeit besteht heute schon, denn gemäß Artikel 123 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Vertrag von Lissabon) sind die EZB und die nationalen Zentralbanken ermächtigt, öffentlichen Kreditinstituten Geld zu leihen; diese könnten dann die öffentlichen Defizite finanzieren. Die öffentliche Verschuldung dem Einfluss der Märkte zu entziehen, das ist die erste Bedingung jeglicher progressiver Politik.

<http://www.france.attac.org/articles/le-mes-nest-pas-un-mecanisme-de-solidarite-europeen>

Claude Debons, Gewerkschaftsmitglied,

Jacques Généreux, Wirtschaftswissenschaftler,

Janette Habel, Dozentin über Südamerika,

Jean-Marie Harribey, Wirtschaftswissenschaftler, ehemaliger Vorsitzender von *attac* Frankreich,

Pierre Khalfa, Gewerkschafter, Ko-Präsident der *Fondation Copernic*,

Marie-Christine Vergiat, Abgeordnete im Europäischen Parlament, et

Francis Wurtz, Abgeordneter im Europäischen Parlament ab 1979

Übersetzung: Dorothee HOFER von *coordinatrad*